



liberal international **li-KURIER**

AUSGABE 01|2022
WWW.DGLI.DE

MAGAZIN DER DEUTSCHEN GRUPPE DER
LIBERAL INTERNATIONAL E. V. (DGLI)

TERMIN:

XVI. LI DAY
MIT ANSCHL. JAHRESMITGLIEDERVERSAMMLUNG:
VORAUSSICHTLICH AM 24. SEPTEMBER 2022
IM RHEIN-MAIN-RAUM

WERDEN SIE MITGLIED
dgli.de/mitglied-werden
oder nutzen Sie
den QR-Code.



SCAN ME



Jürgen Martens

*Liebe Freundinnen und
Freunde der liberalen Sache!*

Wir leben in unruhigen Zeiten. Noch vor wenigen Monaten war der Kampf gegen das Covid-19-Virus das bestimmende Thema. Das hat sich in kürzester Zeit radikal, man muss sagen brutal geändert. Heute müssen wir uns eingestehen, dass

unser Vertrauen getrogen hat, wonach wir in einer politische Ordnung leben, in der Konflikte rational und im Rahmen des geltenden Rechts durch Verhandlungen gelöst werden könnten, dass es sogar gelänge, Frieden durch Handel zu fördern. Putin zeigt uns zynisch, dass Vertrauen alleine gut für den ist, der es hat, und solange man ihn in diesem Glauben lässt. Putin bewegt sich in ganz anderen Kategorien von Macht, Lügen, Gewalt fernab jeder Moral.

Die Welt erkennt, dass ein friedliches Miteinander genauso wenig selbstverständlich ist wie der Respekt von Menschenrechten oder einfachsten Regeln des internationalen Rechts. Gegen die militärische Aggression aus Russland hilft uns derzeit nur militärische Abschreckung; sie ist kostspielig und entzieht uns Mittel, die wir in sinnvollen anderen Projekten verwenden könnten. Dazu gehört auch die Abkehr von fossilen Energieträgern und der Aufbau einer CO₂-freien Wirtschaft. Dieser Umbau wird jedoch jetzt beschleunigt stattfinden müssen, nachdem wir viel zu spät einsehen mussten, dass Energie auch eine Waffe ist, die Putin nun gegen uns richten kann.

Wir sind nun gezwungen, uns diesen Problemen zu stellen. Nicht weil wir unseren Wohlstand erhalten wollen, sondern unsere Freiheit verteidigen. Dies gilt für die Bürger in der Ukraine wie für die Bürger in der gesamten Europäischen Union. Die geschlossene und schnelle Reaktion des Westens hat Putin zwar überrascht, sie wird allein den Krieg aber nicht beenden. Das geht kurzfristig nur mit militärischer Unterstützung der Ukraine. Die liberalen Parteien weltweit stehen für die Verteidigung von Freiheit in all ihren Ausdrucksformen, wie Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaat – keine politische Grundüberzeugung wird von Putin mehr verachtet. Zugleich sehen wir, dass es wohl nichts gibt, was Putin in Russland auf mittlere Sicht gefährlicher werden kann.

Der Begriff der Zeitenwende prägt unsere Gegenwart. Dabei wendet sich die Zeit aber nicht unausweichlich im Sinne Putins. „Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch“, heißt es bei Friedrich Hölderlin. Die Liberalen werden sich auf die neuen Zeiten einstellen und dafür eintreten, dass die Zukunft auch von unseren Werten und uns mitbestimmt wird.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Dr. Jürgen Martens

Präsident der DGLI
Staatsminister a.D. und ehemaliger Bundestagsabgeordneter



DEUTSCHLAND ALS GARANT FÜR MENSCHENRECHTE

Von Renata Alt

Die internationale Lage hat sich in den letzten Monaten dramatisch verändert. Auf die wirtschaftli-

che Rezession folgte seit 2008 ein weltweiter Rückzug liberaler Demokratien. Letztere garantieren den Menschen Medienfreiheit, eine unabhängige Justiz, ein Sys-

tem funktionierender Gewaltenteilung, Menschenrechte sowie unternehmerische und wirtschaftliche Freiheiten. Wer hätte dies für möglich gehalten? War doch

nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989 noch vom „Ende der Geschichte“ und vom Siegeszug von Demokratie und Marktwirtschaft die Rede. →

Diktatoren und Demagogen wollen ihre eigenen Privilegien schützen und verachten dabei die Charakteristika und gesellschaftlichen Vorteile liberaler Demokratien. Während ein Teil ihrer Familie die individuellen Entfaltungsmöglichkeiten in der EU genießt, verachten Autokraten eben diese und stufen sie als Gefahr für die eigene Machtbasis ein. Sie haben Angst vor der Attraktivität liberaler Werte und vor aufkeimenden demokratischen Strukturen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft!

Der völkerrechtswidrige und barbarische Angriff Russlands auf die Ukraine hat in Europa die größte Flüchtlingsbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst. Quasi über Nacht haben viele Menschen ihr Hab und Gut verloren. Mehr als vier Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer mussten ihre liebgewonnene Heimat verlassen.

Erschreckend und berührend zugleich ist die Tatsache, dass mehr als die Hälfte der ankommenden Flüchtlinge Kinder sind! Unsere größte Herausforderung wird sein, für deren Betreuung zu sorgen und ihnen einen geregelten Schulbesuch zu ermöglichen.

Nur so können geflüchtete ukrainische Frauen auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fuß fassen und sich erfolgreich integrieren. Davor müssen aber die notwendigen Kapazitäten geschaffen werden, um alle Ankommenden registrieren zu können. Nur so kann der Staat seine Schutzfunktion wahrnehmen und den Zugang zur Gesundheitsversorgung sicherstellen. Menschenhändler, die das Leid und die Not der Geflüchteten ausnutzen, können damit effektiv in die Schranken gewiesen werden.

Gleichzeitig darf sich der Fokus nicht nur auf die Ukraine richten. Auch in Afghanistan hat sich die humanitäre Lage nach der Machtergreifung der Taliban massiv verschlechtert. So leben mehr als 90 Prozent der Bevölkerung in Armut. Ein Drittel der Bevölkerung ist von Unterernährung bedroht. Daher müssen wir jetzt zügig sicherstellen, dass Hilfsleistungen gezielt bei den Menschen vor Ort ankommen. Gleichwohl müssen die finanziellen Mittel an die Einhaltung der Menschenrechte geknüpft werden. Internationale humanitäre Hilfe darf zudem nicht zu einer Parallelstruktur werden und die Aufgaben der afghanischen Regierung ersetzen. Eben-

so dürfen wir in Bezug auf den Umgang mit dem Taliban-Regime nicht in alte Naivitätsmuster zurückfallen. Dass die Taliban ihre Zusage, Mädchen den Besuch weiterführender Schulen zu erlauben, zurückgenommen haben, zeigt, wie unberechenbar dieses Regime ist. Eine Lektion sollten wir angesichts der aktuellen geopolitischen Lage gelernt haben: Naivität rächt sich!

Die Liste internationaler Krisenherde wird immer länger. Somalia ist von der größten Dürre seit Jahrzehnten betroffen. Sie hat bereits 450.000 Menschen in die Flucht getrieben. Die Situation in Ländern wie Jemen, Syrien, Äthiopien, Sudan, Myanmar, Mosambik, Kamerun, Nigeria, Zentralafrikanische Republik und Bangladesch sieht nicht anders aus. Dass weltweit 285 Millionen Menschen an Hunger leiden und 426 Millionen Kinder in Konfliktzonen leben, zeigt, dass unser Engagement international wichtiger ist denn je. Deutschland genießt als vertrauenswürdiger und verlässlicher Partner international hohes Ansehen. Es ist daher richtig, dass wir als FDP im Koalitionsvertrag vereinbart haben, die Mittel für humanitäre Hilfe bedarfsgerecht

zu verstetigen und zu erhöhen. Unbegrenzte humanitäre Hilfe darf es jedoch nicht geben, denn dauerhafte Parallelstrukturen können die Kernaufgaben einer Regierung nicht ersetzen. Des Weiteren müssen wir als FDP überall dort, wo Menschen für Freiheit und Demokratie auf die Straße gehen, diesen Mut machen und ihnen in Deutschland und Europa eine Bühne geben. Bedrohte Medienschaffende brauchen ein unbürokratisches und schnelles Verfahren für humanitäre Visa, um in Deutschland ihre Arbeit fortsetzen zu können. Das Engagement liberaler Kräfte ist gefragt als je zuvor. Wir dürfen unseren Gestaltungswillen nicht verlieren. Wir müssen uns gemeinsam im Rahmen der Allianz für Demokratie für die Verteidigung, Stärkung und Förderung liberaler Strukturen einsetzen.



Renata Alt, MdB, Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages

Foto: © Deutscher Bundestag, Janine Schmitz, photobank

LI PRIZE FOR FREEDOM AN AFGHANISCHE MENSCHENRECHTLERIN

Von Manfred R. Eisenbach

Auf Vorschlag der DGLI hat Liberal International (LI) der Menschenrechtlerin und früheren afghanischen Staatsministerin Dr. Sima Samar den Liberal International Prize for Freedom 2021 für ihre herausragende Arbeit zuerkannt. In der Begründung heißt es: „Sie ist seit über 40 Jahren als Verteidigerin der Menschenrechte aktiv und hat einen Großteil ihres Lebens der Förderung und dem Einsatz für Demokratie und die Rechte der verarmten, marginalisierten und unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen in der Welt gewidmet.“ Der Preisträgerin wird die Auszeichnung auf dem nächsten 75. Anniversary LI Congress Ende Juni in Sofia überreicht werden.

Potenzial und Chancen wie auch Tragödie ihres kriegsversehrten Landes und leidgeprüften Volkes werden an der heute 65-jährigen Sima Samar exemplarisch sichtbar. Binnenflucht in entlegene Gebiete Zentralafghanistans nach der kommunistischen Revolution von 1978, die mutmaßliche Ermordung ihres Ehemanns kurz danach und später Exil für viele Jahre in der pakistanischen Grenzstadt Quetta prägten das Leben dieser jungen Frau, Mutter und Ärztin, die sich in dieser schweren Zeit unermüdlich für die medizinische Versorgung von Frauen und Kindern und die Einrichtung von Schulen in Pakistan und Afghanistan einsetzte.

Im Dezember 2001 kehrte sie nach Afghanistan zurück, wurde in der afghanischen Übergangsregierung unter Hamid Karzai stellvertretende Präsidentin und



Die afghanische Menschenrechtlerin Dr. Sima Samar

zurück, weil sie die konservativen islamischen Gesetze, insbesondere die Scharia, in Frage stellte. Sie leitete von 2004 bis 2019 die Unabhängige Menschenrechtskommission Afghanistans (AIHRC), die Menschenrechtsverletzer zur Rechenschaft zieht. Im Juli 2019 von Präsident Ghani erneut als Staatsministerin für Menschenrechte und internationale Angelegenheiten in die afghanische Regierung berufen, verließ sie diese nach eineinhalb Jahren wieder, nachdem kurz nach den Präsidentschaftswahlen Präsident Ghani ihr Ministerium ohne jegliche Konsultation auflöste. Den flagranten Missbrauch ihres hohen persönlichen Ansehens für

Foto: liberal-international.org

Ghanis Wiederwahlkampagne kommentierte sie mit ihren Worten: „Unsere Führung glaubt nicht an die Werte der Menschenrechte – sie spricht darüber, praktiziert aber etwas anderes.“

Die erneute Machtübernahme der Taliban überraschte sie in den USA und seitdem lebt sie dort erneut im Exil. Diese außergewöhnliche Frau, die mit unglaublicher Zivilcourage ihre Stimme gegen das Unterdrückungsregime der Taliban erhebt, sich unbeirrt für die Menschenrechte und die Bildung der Frauen und für eine freie, offene Gesellschaft einsetzt, ist Vorbild für die Hoffenden und Erzfeind der Gewalttätigen und Unterdrücker.



Foto: privat

Manfred R. Eisenbach, DGLI-Generalsekretär und Vorstandsmitglied des FDP-Bundesfachausschusses „Internationale Politik“ sowie ständiger Gast im FDP-Bundesvorstand. Er ist als Unternehmensberater tätig.

DGLI INTERNATIONAL

Von Manfred R. Eisenbach

Nach langer pandemiebedingter Pause finden im Juni wieder internationale Kongresse der Liberalen als Präsenzveranstaltungen statt. Den Auftakt macht die Vereinigung der europäischen liberalen Parteien, **ALDE**, mit ihrem **Kongress in Dublin (2. bis 4. Juni)**, gefolgt vom **75. Anniversary Congress der Liberal International (LI) in Sofia (30. Juni bis 2. Juli)**, auf dem die liberale Weltunion an ihre Gründung im Frühjahr 1947 in der englischen Universitätsstadt Oxford erinnert.

Beide Veranstaltungen sind von den schrecklichen Ereignissen unserer Tage in der Ukraine überschattet und werden liberale Antworten geben müssen. Denn mit Putins verbrecherischem Angriffskrieg gegen die Ukraine endet wohl auch das erste Kapitel der europäischen Einigung. Die zentralen Versprechen dieses über 70-jährigen Kapitels – Frieden, Aussöhnung, Demokratie, Wohlstand und Wirtschaftswachstum – waren so mächtig und attraktiv, dass die europäische Familie in

Form der EU stetig wuchs. Nun aber kann sich die EU nicht länger auf sich selbst besinnen, sondern muss sich zu einer wehrfähigen und selbstbewussten Werte-Supermacht entwickeln.

Nicht minder spannend versprechen die Diskussionen in Bulgarien, dem Anrainerstaat des Hotspots am Schwarzen Meer, zu werden. Denn wenn wir in und auf die Welt blicken, kommen wir nicht umhin, einzugestehen, dass die Gesellschaftsform der liberalen Demokratie, die für eine offene, freiheitliche Zivilgesellschaft steht, einem absoluten Stresstest ausgesetzt ist: nicht nur vonseiten autoritärer Regenten wie Wladimir Putin oder Xi Jinping, sondern auch seitens sog. illiberaler Demokraten unter unseren eigenen Verbündeten. Ängstliches Wegducken oder jede Form von Appeasement verbietet sich. Wir dürfen nie vergessen, dass sich liberale Demokratie und imperiales Gebilde ausschließen. Von liberalen Demokratien gingen keine Kriege aus, hatten schon früher Klügere angemerkt, von autoritären Regimen oder solchen, die sich nur mit

einer formalen Demokratiefassade camouflageieren, aber sehr wohl.

Es genügt nicht, sich quasi litaneihaft auf die „westlichen Werte“ zu berufen und diese wie eine Monstranz vor sich herzutragen. Nein, wir müssen jeden Tag wieder den Inhalt dieser großartigen Werte deklinieren oder sie mit Leben erfüllen und nach diesen Werten auch leben. In diesem Punkt dürfen wir kein Vakuum zulassen, das die Totalitären und Illiberalen dieser Welt mit Zynismus, Menschenverachtung und eigennützigem Machtgier ausfüllen wollen. Lassen wir nicht zu, dass die von China und Russland als Auslaufmodell verhöhnte liberale Demokratie durch eine „Demokratie, die funktioniert“ ersetzt wird, in der der Bürger für den Staat und nicht der Staat für die Bürger da ist. Denn sonst gehen der liberale demokratische Rechtsstaat und unsere Freiheit sehr schweren Zeiten entgegen. Kommen Sie nach Dublin und Sofia, melden Sie sich an:

www.aldeparty.eu
www.liberal-international.org

DGLI-DELEGATIONSREISE NACH LUXEMBURG

Von Hellmut Meinhof

Bedingt durch die Pandemielage führte uns unsere alljährliche DGLI-Auslands-Delegationsreise im Oktober des vergangenen Jahres in das kleine, dafür sehr feine Nachbarland Luxemburg. Auftakt bildete ein Treffen mit dem deutschen Botschafter Ulrich Klöckner, der Luxemburg als Beispiel dafür

nahm, wie die Transformation eines einst durch die Montanindustrie geprägten Landes zu einem zukunftsorientierten Wirtschafts- und Gesellschaftssystem erfolgreich gelingen kann. So seien die Chancen von neuen Technologien, einschließlich von Satelliten- und Weltraumprojekten sowie die Ansiedlung von multilateralen Finanzinstitutionen sowie Unternehmen der Medienindustrie konsequent genutzt worden. Die ohnehin multilinguale Bevölkerung - die meisten Luxemburger sind zumindest dreisprachig und etwa die Hälfte sind Ausländer - mache die internationale Anschlussfähigkeit an internationale Entwicklungen leichter. Durchgängig dominiert im Alltag das „Lëtzebuergesch“, das zugleich dem Zusammenleben über

alle Unterschiede hinweg einen familiären Charakter verleiht.

Der wirtschaftliche Erfolg hat jedoch den Preis, dass Löhne, Le-

benshaltungskosten und Immobilienpreise Spitzenwerte in Europa erreichen. Pro Tag pendeln über 100.000 Menschen aus den umliegenden Staaten ins Land, da- ➔



Foto: Christoph Wieduwilt

In den Studios der RTL Group in Luxemburg, Europas größtem Betreiber von werbefinanziertem Privatfernsehen



Foto: Christoph Wieduwilt

In der Europäischen Investitionsbank (EIB) mit ihrem Präsidenten Werner Hoyer

von allein 40.000 aus Deutschland. Dass im Zuge der Arbeit im Homeoffice große Veränderungen in der urbanen Stadt- und Verkehrspolitik anstehen, liegt auf der Hand.

Bei einem Treffen mit dem Finanzminister Pierre Gramegna von der liberalen Partei DP (Demokratisch Partei) ging es um die Steuerpolitik, deren Priorität



Foto: Christoph Wieduwilt

Jean-Claude Kardinal Hollerich SJ, Erzbischof von Luxemburg

Die Europäische Investitionsbank (EIB) stand mehrfach im Mittelpunkt unserer Reise. Werner Hoyer, langjähriger EIB-Präsident, gab einen umfassenden Einblick, in das Geschäftsfeld dieser weltweit größten Entwicklungsbank. Ihr Kreditvolumen von 450 Mrd. € beträgt etwa das Dreifache der Weltbank! Der Fokus der jährlichen Investitionssumme von ca. 60 Mrd. € liegt auf der Finanzierung von relevanten Zukunftsprojekten in den Bereichen Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Migration, kleine und mittelständische Unternehmen oder Arbeitsmarktpolitik.

auf Stabilität und Wachstum liegt. So jedenfalls ist es der ausgemachte Schwerpunkt in der seit 2013 unter Führung des liberalen Premierministers Xavier Bettel (DP) regierenden „Ampel-Koalition“, die sich für Nachhaltigkeit in der Finanzwelt einsetzt („greening of finance“). Nach der Prognose von Pierre Gramegna werden zukünftig die entscheidende Einnahmequelle für die öffentliche Hand die Digitalsteuern sein. Perspektivisch würden diese seiner Einschätzung nach weltweit einheitlich bei 10 bis 15 % liegen.

Nachhaltigen Eindruck hinterließ das Gespräch mit dem deutschen Richter Thomas von Danwitz am Europäischen Gerichtshof (EuGH) sowie mit dem Chefökonom des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Auch ein Termin im Abgeordnetenhaus der Stadt Luxemburg stand auf der Tagesordnung, bei dem wir lernten, dass der kommunale Haushalt mit einem Ausgabevolumen von jährlich 600 Mio. € nicht nur schuldenfrei ist, sondern sogar über eine Reserve von einer Mrd. € verfügt.

Den Abschluss unserer Reise bildete die Audienz bei S.E. Kardinal Jean-Claude Hollerich, der aufgrund seiner langjährigen Lehrtätigkeit an der Sophia-Universität in Tokio biographisch wie theologisch für interreligiösen Dialog und praktizierte Ökumene steht. Zudem repräsentiert er als Präsident der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (ComECE) die europäische Gestalt der katholischen Kirche.



Hellmut Meinhof, Mitglied des Präsidiums der DGLI

Foto: Privat

DGLI-PRÄSIDIUM BESTÄTIGT

Von Manfred R. Eisenbach

Im Mittelpunkt der Jahresmitgliederversammlung am 20. November 2021 stand die seit einem Jahr überfällige Neuwahl des Präsidiums, die in 2020 wegen der pandemiebedingten zweimaligen Absage der DGLI-Mitgliederversammlung nicht durchgeführt werden konnte.

Das geschäftsführende Präsidium stellte sich bis auf die Vizepräsidentin Renata Alt, MdB, die wegen ihren wachsenden parlamentarischen Verpflichtungen nicht

wieder kandidieren wollte, zur Wiederwahl.

Alle erneut angetretenen Präsidiumsmitglieder, angeführt von Präsident Dr. Jürgen Martens, wurden in ihren Ämtern einmütig für weitere zwei Jahre bestätigt. Als weiterer Vizepräsident wurde ebenfalls fast einstimmig der Vorsitzende der DGLI-Sektion Sachsen, Frank Müller-Rosentritt, MdB, neu in das Leitungsorgan gewählt. Müller-Rosentritt vertritt die FDP-Fraktion im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages und ist Berichterstatter

für Banken, Bankenregulierung und Bankenunion im Finanzausschuss. Schwerpunktmäßig kümmert er sich im Parlament zudem um die Beziehungen zu den Ländern Süd- und Ostasiens.

Neben den bereits Genannten wurden Vizepräsident Dr. Carsten Klein, Generalsekretär Manfred R. Eisenbach, Schatzmeister Dr. Steffen Pabst und als Beisitzer Lilli Löbsack, Hellmut Meinhof, Hans-Henning Pohlenz, Cécile Prinzbach, Sandro Schilder und Dr. Wolfgang Weißkopf wiedergewählt.

DGLI-SEKTIONEN

BADEN-WÜRTTEMBERG

Daniel Obst

E-Mail: office@judgedan.de

BAYERN

Cécile Prinzbach

E-Mail: cecile.prinzbach@t-online.de

BERLIN

Saba Farzan

E-Mail: saba.farzan64@gmail.com

BRANDENBURG

Patrick Meinhardt

E-Mail: patrick.meinhardt@dgli.de

HAMBURG / SCHLESWIG-HOLSTEIN

Maria Luisa Warburg

E-Mail: m.l.warburg@hamburg.de

HESSEN

Katharina Schreiner

E-Mail: k.schreiner@fdp-frankfurt.de

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Gino Leonhard

E-Mail: gino-leonhard@online.de

NIEDERSACHSEN / BREMEN

E-Mail: info@dgli.de

NORDRHEIN-WESTFALEN

E-Mail: info@dgli.de

RHEINLAND-PFALZ

E-Mail: info@dgli.de

MITTELDEUTSCHLAND

(SACHSEN, SACHSEN-ANHALT UND THÜRINGEN)

Christoph Wieduwilt

E-Mail: christoph@wieduwilt.de

AUSLANDSSEKTION EUROPA

E-Mail: info@dgli.de

„Liberal Vision“ abonnieren!

Abonnieren Sie doch einfach den informativen Newsletter der Liberal International unter www.liberal-international.org. Sie werden dann über alles Wissenswerte aus der liberalen Weltfamilie informiert.

Impressum:

LI-Kurier – Magazin der Deutschen Gruppe der LIBERAL INTERNATIONAL e. V. (DGLI), 21. Jahrgang.

Anschrift: Bundesgeschäftsstelle der Deutschen Gruppe der LIBERAL INTERNATIONAL (DGLI)
Reinhardtstr. 16, 10117 Berlin
E-Mail: info@dgli.de
Homepage: www.dgli.de

Herausgeber: Dr. Jürgen Martens, Präsident der DGLI

Redaktion: Hellmut Meinhof (V.i.S.d.P.), DGLI-Präsidiumsmitglied
E-Mail: hellmut@meinhof.de

Redaktionsschluss: 10.4.2022